

Pressemitteilung zur Kreismitgliederversammlung am 13.10.2011:
Grüne Kreistagsfraktion bewertet aktuelle politische Entwicklungen

Auf der grünen Kreismitgliederversammlung in der vergangenen Woche berichtete die Kreistagsfraktion über aktuelle politische Entwicklungen und bewertete diese aus ihrer Sicht. Mit deutlicher Kritik an der Kreisverwaltung wurde dabei nicht gespart. So werde nach Ansicht von Fraktionssprecher Helmut Fehr deren konservative und wenig an Nachhaltigkeitsgesichtspunkten orientierte Grundhaltung an vielen Stellen deutlich.

Als Beispiele nannte er den Widerstand der Kreisverwaltung gegen die Umsetzung von Maßnahmen für einen gentechnikfreien Kreis Steinfurt und deren ablehnende Haltung zur geplanten Einführung des Verbandsklagerechts für Tierschutzvereine in NRW. Ein Verbandsklagerecht würde u.a. die Klagemöglichkeiten gegen weitere Großmastanlagen im ländlichen Raum ausweiten und damit einen wichtigen Beitrag für einen verbesserten Tier- und Landschaftsschutz leisten. Fehr betonte, dass die Vorlage der Verwaltung sich nicht nur gegen das Verbandsklagerecht richte, sondern durch ihre Ausführungen auch die Arbeit von Tierschützern auf inakzeptable Weise diffamiere. Zum Thema Massentierhaltung habe er auch eine weitere Entwicklung mit Enttäuschung zur Kenntnis genommen. „Die im Baugesetz geplanten Änderungen werden mit Sicherheit nicht zu einer konsequenten Aufhebung der Privilegierung von Mastställen im Außenbereich führen“, urteilte Fehr. Im Genehmigungsbereich seien weitere Maßnahmen notwendig, um dem Maststallboom endlich einen Riegel vorzuschieben.

Den angekündigten Kompromiss zwischen FMO und NABU zur Startbahnverlängerung werde die Kreistagsfraktion zwar tolerieren, sich aber nicht zu eigen machen, griff Fehr einen weiteren aktuellen Punkt auf. Lärmschutzbelange seien am FMO noch nicht abschließend berücksichtigt worden und vor allem müsse ein Nachtflugverbot umgesetzt werden. Die Fraktion vertrete zudem weiterhin die Meinung, keine weiteren öffentlichen Gelder in eine fragwürdige Startbahnverlängerung zu investieren. Vielmehr müsse das Ziel sein, den FMO weiter als Regionalflughafen zu etablieren und wirtschaftliche Risiken zu minimieren.

Elke Schuchtmann-Fehmer berichtete abschließend von der Diskussion um das Kreisgesundheitsamt. Hier habe die Verwaltung zwar Konzepte für Gebäudemanagement und Personaleinsatz vorgelegt, jedoch fehle aus grüner Sicht eine inhaltliche Aufgabenkritik. „Wie soll das Gesundheitsamt der Zukunft aussehen, welche Aufgaben muss es erfüllen? – Wir wollen hier eine breite und offene Diskussion führen. Gemeinsam mit allen Beteiligten und Betroffenen wollen wir ein nachhaltiges und zukunftsfähiges Konzept entwickeln, das den gesellschaftlichen und demografischen Veränderungen und den besonderen Anforderungen des ländlichen Raumes gerecht werden kann“ betonte Schuchtmann-Fehmer.